





# Pushbacks – eiskalt im Meer ausgesetzt

Wie Menschen, die in der Europäischen Union Schutz suchen, rasch und möglichst heimlich wieder aus dieser herausgebracht werden. Von Alice K.

**A**ls Unwort des Jahres 2021 gewählt und tagtäglich an den europäischen und anderen Grenzen stattfindend, beschreibt der beschönigende Begriff Pushback die Praxis von Polizei, Küstenwachen und weiteren Behörden, Menschen hinter die Grenze oder aus dem Inland ins Ausland zurückzudrängen. Das kann heißen, man wird in einem Grenzgebiet festgenommen und hinter die Grenzlinie, beispielsweise in einem Wald ausgesetzt. Das kann heißen im Wasser, auf See in das andere Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates zurückgeschoben zu werden. Das kann viele ungewollte Kilometer Fahrt auf See oder an Land heißen. Das Schlimmste daran ist die körperliche Gewalt derjenigen, die diese Pushbacks durchführen. Aber auch die Lügen, die damit einhergehen, und wie Menschen sich selbst überlassen werden in einem eisigen Wald oder auf hoher See.

In Griechenland gibt es regelrechte Kidnapping-Aktionen an der Landesgrenze zur Türkei, wo die Polizei geflüchteten Menschen sagt, sie kämen in ein Camp, dann jedoch setzen sie diese in der Türkei aus. Oder ziehen sie einfach von der Straße weg in einen verdunkelten Van – und fort. Hier auf Lesbos und auf den ägäischen Inseln bekamen wir solche Pushbacks lange nicht mit, denn sie passierten nur auf See, wo die Küstenwache dann das Boot, das sich schon in griechischen Gewässern befand, manövrierunfähig machte und zurück in türkische Gewässer zog. Wir, das sind die Ehrenamtlichen, und Angestellten verschiedener Organisationen, ortsansässige Menschen, *Ärzte ohne Grenzen*, *International Rescue Committee* oder eben wir von *borderline-europe-Menschenrechte ohne Grenzen*, eine NGO, die durch

unabhängige Untersuchungen und Öffentlichkeitsarbeit dafür eintritt, die Menschenrechte insbesondere an den europäischen Außengrenzen zu wahren. Auf Lesbos arbeiten wir mit sechs Mitarbeiter\*innen unter anderem in der Sozialberatung und informieren und begleiten Geflüchtete. Ein Teilbereich meiner Tätigkeit liegt aber auch im Monitoring, also dem Beobachten, was hier passiert, und manchmal im Aktivwerden.

Seit März 2020 nehmen diese Pushbacks hier eine andere Gestalt an. Die Zahlen sind erschreckend, die von den wenigen unabhängigen Stellen und Organisationen kommen und die darüber berichten und Augenzeugenmaterial auswerten. Allein in der Ägäis, also die Inseln in Griechenland mit direkter Sichtweite zur Türkei, in der auch die meisten Geflüchteten seit 2015 ankamen (nicht alle, denn es gibt auch den „Landweg“ am Fluss Ebro im Norden), wurden laut *Aegean Boat Report* 15.803 Menschen im Jahr 2021 aus europäischen Hoheitsgebieten, sei es im Wasser, sei es schon an Land, zurück in türkische Gewässer gebracht, unter Zwang, mit Gewaltanwendung und nicht selten mit Maßnahmen, die das Leben dieser 15.803 Menschen in Gefahr brachten. (Siehe schwimmende „Rettungsinseln“, in denen man sie meist aussetzt, manövrierunfähig auf dem Meer). In 629 Fällen passierten dokumentiert illegale Rückführungen. Fast zwei Pushbacks pro Tag!



*Blick von Alice K.s Balkon auf die Ägäis und Türkei, die nur acht Kilometer voneinander entfernt liegen.*

## Was sich in den letzten sechs Jahren änderte

Zunächst ein wenig zurück in der Geschichte, also meiner Geschichte auf Lesbos. Ich lebe hier seit 2015 und bin – wie bereits gesagt – in der sogenannten Flüchtlingshilfe tätig. Damals war alles einfach, wenn auch manchmal dramatisch. Menschen kamen mit Schlauchbooten an der Küste an, wir fuhren hin, transportierten sie bisweilen in das nächstgelegene Dorf, informierten die Polizei, sie abzuholen, oder hatten Transitcamps, in denen wir sie ein paar Nächte unterbringen konnten, mit Informationen versorgten, Essen und trockene Kleider ausgaben. Der Staat war das erste Jahr (2015) nicht wirklich präsent. Das änderte sich deutlich im März 2016: Aufgrund des „Hot-Spot-Systems“ der Europäischen Union, bei dem man Schutzsuchende an einem Ort festsetzt, sowie dem EU-Türkei-Deal, blieb es den Ankommenden verwehrt, die Insel zu verlassen. Eine Art Freiluftgefängnis. Das hieß, dass die Menschen nicht nur ein paar Tage, sondern viele Monate und Jahre auf der Insel verbrachten. Die Hölle Moria, wie viele das Camp auf Lesbos nannten, versammelte im Dezember 2019 mehr als 20.000 Menschen vor Ort und in den umliegenden Olivenhainen des Camps. Die Umstände dort waren dramatisch und manchmal auch tödlich. Das Gleiche galt und gilt für die Überfahrt aus der Türkei: Die viel zu vollen Schlauchboote, gebaut für 13 Menschen, in denen jedoch meist rund 50 saßen. Das alles blieb in gewisser Weise vorstellbar. Die Schuld daran lag bei der europäischen Flüchtlingspolitik, keine sicheren Wege nach Europa zu schaffen und Menschen auf einer Insel quasi festzusetzen. Wir versuchten unser Bestes, um die Tragödien der Menschen aufzufangen oder zu mildern.

Alles änderte sich mit der neuen griechischen Regierung, die im September 2019 an die Macht kam. Nachdem sie ein paar Monate das Migrationsthema ignoriert hatte, verfolgte sie ihren neuen Plan. In einer der ersten Reden des neuen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis sprach dieser nicht mehr von Geflüchteten, sondern von „illegalen Migranten“. Im März 2020 setzte die Regierung kurz entschlossen einen Monat das Recht auf Asyl aus, wegen der angeblichen Bedrohung der türkischen Regierung, viele Geflüchtete nach Europa zu schicken.

Seitdem besteht hier der Ausnahmezustand. Menschen kommen an, Helfer\*innen dürfen nicht mehr zu den Plätzen hin und machen sich, wenn sie es doch tun, strafbar mit dem Verweis auf Beihilfe zur illegalen Einreise. Ein im September 2021 verabschiedetes Gesetz über „Deportationen und Rückführungsprozeduren der Angehörigen von Drittländern“ enthält restriktive Regeln für NGOs, die Rettungsoperationen auf See durchführen oder unterstützen. Gegen sie können bei Regelverstößen Geldstrafen bis zu 12 000 Euro verhängt werden. Die Polizei schikaniert, überwacht und deckt NGOs mit staatsanwaltlichen Ermittlungen ein. Wir sehen Schutzsuchende von Weitem an Land gehen, und sie werden nicht mehr als Asylsuchende registriert. Sie verschwinden spurlos. Monatelang blieb unklar, was eigentlich passierte ... es war ja kaum zu beobachten, wenn man nicht direkt an Ort und Stelle war. Im August 2020 bekam ich den ersten Pushback hautnah mit und seitdem verfolgt mich oder besser gesagt verfolge ich, so gut es geht, die schwer zu ertragende europäische Migrationspolitik, in der der Mensch nichts mehr wert zu sein scheint.

## Pushbacks werden immer tödlicher

Anfang 2022 häuften sich Augenzeugenberichte und einige wenige Zeitungen schrieben ebenfalls darüber, dass es nicht nur Pushbacks gibt, sondern Menschen dabei ums Leben kommen. Wie zum Beispiel auf Samos, als die griechische Küstenwache drei geflüchtete Männer bei einem Pushback zurück ins Wasser warf. Dabei ertranken zwei.

In griechischen Medien kommen Pushbacks kaum vor. Der Nationale Sicherheitsdienst in Griechenland

beobachtet zahlreiche Journalist\*innen, die dieses Thema aufgreifen, und versucht, sie einzuschüchtern, sollten sie darüber berichten. Ein vages Gesetz vom November 2021, das seitdem die Verbreitung von Fake News strafbar macht, verunsichert zusätzlich Medienschaffende. Demnach kann jeder verurteilt werden, der „falsche Nachrichten

verbreitet, die Unruhe stiften oder das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Volkswirtschaft, die Verteidigungsfähigkeit des Landes oder die öffentliche Gesundheit



*Alice K. nimmt auf dem Foto im Februar 2022 gerade mit einem Geflüchteten Kontakt auf, der sich schon ein, zwei Tage in den Olivenhainen von Lesbos versteckt hatte.*

## **Die Polizei schikaniert und überwacht NGOs**

untergraben“. Dies kann mit einer „Gefängnisstrafe von mindestens sechs Monaten und einer Geldstrafe“ geahndet werden. Unabhängige Journalist\*innen wie auch Menschenrechtsorganisationen sehen das neue Gesetz als „Gefährdung der Meinungsfreiheit“. Und Griechenland rutschte im Pressefreiheitsranking der Länder von Platz 70 auf Platz 108 in nur einem Jahr.

### Als Zeugin unerwünscht

Wie sehen Pushbacks konkret aus? In diesem Jahr wurde ich bis jetzt fünf Mal Zeugin von ankommenden Booten mit Geflüchteten. Die Menschen kamen zumeist aus Afghanistan, einige aus Somalia, Guinea, Mali, Kamerun und Haiti. Sie hatten sich über die Türkei auf den Weg nach Europa gemacht. Für fast alle war dies nicht der erste Versuch, nach Europa zu gelangen, um einen Antrag auf Schutz, auf Asyl zu stellen. Bei drei von den fünf Begegnungen traf ich auf Menschen, die die Überfahrt geschafft hatten, sich schon ein paar Kilometer im „Inland“ der Insel befanden. Genau diese Menschen tauchten zwei Tage später wieder in der Türkei auf. Zweimal konnte ich wahrscheinlich mit meiner Anwesenheit den Pushback verhindern. Oder war es einfach Glück? Wie läuft das ab, wenn Menschen hier kein Recht auf Asyl haben, kein Recht auf ihre Unversehrtheit und gewaltsam wieder im Meer ausgesetzt werden? Ein Beispiel:

Am 9. Januar 2022 hörte ich, wie ein Boot am Strand meines Dorfes angekommen war, unter anderem 17 Kinder, viele davon noch sehr klein. Es war schon abends, die Nächte waren sehr kalt. Ich wusste, dass ich mich auf keinen Fall einer noch nicht registrierten Gruppe von Geflüchteten nähern durfte. Insbesondere, da allein die Weitergabe der Information, dass ein Boot angekommen ist, schon als Beihilfe zur illegalen Einreise deklariert werden kann, wenn man nicht sofort die zuständigen Behörden verständigt. Vor ein paar Jahren war genau das jedoch meine Arbeit: die Menschen zu finden und ins Warme zu bringen. Heute würde ich dafür verhaftet werden. An diesem Abend bekam ich nun Fotos von Babys und Nachrichten von verängstigten Menschen, die versuchten, sich erst einmal zu verstecken, da sie von anderen wussten, dass sie eventuell wieder in die Türkei zurückgebracht werden könnten. Am nächsten Morgen verabredete ich mich dann mit der Person, die

mit der Gruppe in Kontakt war, sie an einem öffentlichen Ort quasi zu treffen, die Polizei zu verständigen und somit hoffentlich ihre Registrierung als Asylbewerber\*innen zu ermöglichen. Deshalb fuhr ich zu dem verabredeten Parkplatz. Keiner war dort. Dann sah ich ein Auto und einen Van mit mir nicht bekannten Männern immer im Kreis nach irgendetwas zu suchen. Schnell war mir klar, dass das die Spezialeinheiten der Küstenwache waren, meist ohne Nummernschilder und zunächst in Zivil gekleidet, die die Geflüchteten suchten. Schließlich fuhr auch ich im Kreis, etwas eingeschüchtert von den vier Männern, die mit mir Ausschau hielten. Dann sagte mir ein Nachbar, dass unten in einem Olivenhain etwa 25 Menschen seien. Schnell fuhr ich dorthin. Doch ich kam zu spät. Die griechischen Männer hatten schon ihre schwarzen Mützen nur mit Sehschlitzen über den Kopf gezogen, bewaffnet rannten sie in Richtung der Gruppe, sie ließen kein anderes Auto mehr über den Feldweg fahren, sperrten also kurz die Straße, und ich konnte nur noch sehen, wie ein paar Geflüchtete schnell in die andere Richtung rannten.

Ich traute mich nicht anzuhalten, denn ich wusste, ein Pushback war im Gange. Wenig später luden sie die Menschen in zwei Vans, brachten sie auf ein Boot der Küstenwache und verfrachteten sie viele Kilometer weiter südlich an der Grenze zur Türkei auf dem Wasser in eine Rettungsinsel. Wir erhielten eine Sprachnachricht, im Hintergrund Geschrei, dass Wasser in das schlauchbootartige Ding eindrang und die Menschen um ihr Leben bangten. In dem Moment dachte ich nur: Es ist meine Schuld. Hätte ich mich

den bewaffneten, maskierten vier Männern entgegengestellt, wären jetzt nicht 17 Kinder ertrunken ... Ich konnte nicht schlafen. Am nächsten Morgen zumindest die Erleichterung, dass die türkische Küstenwache die Menschen aufgegriffen hatte und sie am Leben waren. Sie erzählten am Telefon,

wie sie geschlagen und ihnen ihre Handys abgenommen wurden, und die Männer die kleineren Kinder vom Schiff hinuntergeworfen hatten, eines landete dabei im Meer. Später in diesem Jahr erreichten uns Nachrichten, dass tatsächlich bei diesen Aktionen ein Kind ertrunken sein soll.

## **Spezialeinheiten der Küstenwache in Autos ohne Nummernschildern**

Ein anderes Mal, im Februar 2022, fand ich nur einen Teil einer gerade an der Küste angekommenen Gruppe von Geflüchteten und konnte sie begleiten, bis die Polizei kam, die sie registrierte. Die anderen der Gruppe, Frauen und Kinder, hatten die Sicherheitskräfte des Staates in Vans bereits abtransportiert und sie befanden sich auf See. Gerade die Schwächeren können sich kaum viele Stunden im Wald verstecken oder gar vor der Polizei weglaufen. Im Moment gelingt es nur den Menschen auf Lesbos, einen Asylantrag zu stellen, die es selbst zu Fuß in das Camp schaffen oder aber auf Zeug\*innen treffen, die einen Pushback verhindern, indem sie irgendwie Öffentlichkeit schaffen.

Warum können wir hier vor Ort so wenig machen?

Lesbos ist zu einer extrem militarisierten Grenzzone geworden. Dort, wo früher Unterstützer\*innen der Geflüchteten nach Booten Ausschau hielten, stehen jetzt das Militär und Frontex. Hilfe und Solidarität ist nicht mehr gewollt und kann sogar bestraft werden. Die griechische Regierung leugnet, dass sie Pushbacks durchführt. „Die gibt es nicht“, sagt sie.

Und was sagen die Menschen aus Lesbos dazu? Die Bewohner\*innen bekommen diese ‚Jagd‘ auf Geflüchtete kaum mit und wenn doch, ist ihnen, so denke ich, nicht bewusst, wohin die Männer die Menschen in den Vans ohne Fenster bringen. Es ist ihnen auch recht, dass nicht mehr so viele Geflüchtete auf Lesbos ankommen. Griechenland hat es geschafft, dass ein Schleier des Schweigens über dem Ganzen liegt. Würde eine Gruppe mit Touristen einfach so verschwinden, gäbe es einen großen Aufschrei, nicht jedoch, wenn Geflüchtete so verschwinden. Ist das das Europa, in dem wir leben wollen?<



Alice K.  
*lebt und arbeitet seit 2015 auf Lesbos und ist verantwortlich für ein Willkommensprojekt für Geflüchtete vor Ort mit der Organisation borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.*